

Economiesuisse gibt Minder einen Korb

Zürich. – Mit der Abzocker-Initiative des Schaffhauser Unternehmers Thomas Minder droht der Schweiz nach Ansicht des Wirtschaftsverbandes Economiesuisse im internationalen Vergleich eine enorme Überregulierung. Dies werde zur Abwanderung von Unternehmen führen, was wiederum den Verlust von Stellen und Steuereinnahmen bedeute, sagten Economiesuisse-Vertreter gestern vor den Medien in Zürich. Bei der Diskussion um Managerlöhne müsse verhindert werden, dass sich die Schweiz ins Abseits begeben. (sda)

Tessiner fordern Steueramnestie

Lugano. – Die Tessiner Kantonsregierung möchte eine Steueramnestie in der Schweiz durchführen. Diese Forderung wird sie heute bei einem Krisengipfel mit Bundespräsident Hans-Rudolf Merz deponieren. Das Treffen wurde wegen der italienischen Steueramnestie anberaumt. Die Tessiner Regierung will Merz klarmachen, dass die Schweiz weiter eine standhafte Haltung gegenüber Italien einnehmen muss, wie die Tessiner Staatskanzlei gestern mitteilte. (sda)

Citigroup zahlt Millionenboni

New York. – Der staatlich gestützte US-Finanzkonzern Citigroup schüttet trotz seiner desolaten Lage Millionenboni an seine Spitzenmanager aus. Die Zahlungen seien von der Regierung abgesegnet, unterstrich die Citigroup, an der der Staat mit rund einem Drittel beteiligt ist, am Dienstag. Finanzchef John Gerspach, Investmentbanking-Chef James Forese und Stephen Volk, Vizechef des Verwaltungsrats, erhalten zusammen Aktienoptionen für das laufende Jahr in Höhe von 11,7 Millionen Dollar. Auch die Grundgehälter hob die Bank zum Teil deutlich an. (sda)

100 000-mal Verunsicherung wegen Datenklau in Spanien

Sämtliche deutschen Banken tauschen nach einem Datendiebstahl bei einem spanischen Zahlungsabwickler Kreditkarten ihrer Kunden aus. Die Schweiz ist gemäss den grössten Kartenherausgebern dagegen kaum betroffen.

Von Ulrich Glauber und Stefan Schmid

Frankfurt/Zürich. – Spanien-Ferien während der vergangenen Monate könnten deutsche Touristen teuer zu stehen kommen. Bei einem iberischen Zahlungsabwickler sind offenbar Kreditkartendaten von Spanien-Reisenden abhanden gekommen. Unklar blieb gestern, ob Hacker in den Computer des Dienstleisters eingedrungen waren oder Mitarbeiter der Firma die Kartendaten entwendet hatten.

Jedenfalls erging eine Warnung von Visa und Mastercard an die deutschen Banken. Die beiden Kreditkartenfirma halten Medienberichten zufolge einen «Angriff bei einem spanischen Unternehmen auf Kreditkartendaten deutscher Kunden» für möglich. Dieser Alarmruf löste die grösste Umtauschaktion für Plastikkarten aus, die es in Deutschland je gegeben hat. Laut Medienberichten dürften weit mehr als 100 000 Karteninhaber betroffen sein. Am Abend war sogar von mehreren hunderttausend Karten die Rede, die ausgetauscht werden müssen.

Alle Banken hängen drin

«Die Austauschaktion betrifft alle Banken in Deutschland gleichermaßen», sagte ein Sprecher des Zentralen Kreditausschusses (ZKA), der Dachorganisation der Banken. Er sprach von einer reinen Vorsichtsmassnahme. Bislang seien noch keine grösseren Schadensmeldungen bekannt. Der Bankenexperte vom Bundesverband der Verbraucherzentralen, Frank-Christian Pauli, geht laut

«Spiegel online» aber von einer «relevanten Gefahr» aus, wenn Firmen in diesem Masse aktiv werden.

Courant normal in der Schweiz

In der Schweiz hat der Datenklau in Spanien bisher kaum Auswirkungen auf Kreditkartenbesitzer, dies versicherten gestern zumindest zwei der führenden Kartenherausgeber. «Wir hatten wenige Fälle, in denen wir Karten austauschen mussten», erklärte etwa Urs Knapp, Sprecher von Swisscard, wo unter anderem Karten von Visa, Mastercard und American Express vertrieben werden, gegenüber «Tages-Anzeiger.ch». Alles bewege sich im üblichen Rahmen.

Ähnlich tönt es auch bei Visa, das unter anderem Kreditkarten für Kantonbanken und die Raiffeisen-Gruppe herausgibt. Auch Schweizer Karteninhaber könnten zwar vom Vorfall in Spanien betroffen sein. Schliesslich habe dieser Auswirkungen auf alle in der entsprechenden Periode in Spanien eingesetzten Kreditkarten, teilte Visa mit. Da aber alle Visa-Kreditkarten mit Chip-Technologie ausgestattet seien, sei die Gefahr eines Datenmissbrauchs sehr klein. Ein Kartenaustausch sei nicht geplant, hiess es.

Kontrolle ist entscheidend

Anders in Deutschland: Die betroffenen Kunden werden derzeit angeschrieben und können sich ihre neue Karte in einer Filiale abholen. Bei einem Missbrauch der Daten entsteht den Inhabern laut dem Zentralen Kreditausschuss kein Schaden, da sie ein Widerrufsrecht bei allen Abbuchungen haben. «Alle Kunden sollten daher ihre Abrechnungen genau prüfen», riet denn auch der deutsche Bankendachverband. Auch in der Schweiz gilt: Wer bei der Kontrolle der Kartenabrechnung Unregelmässigkeiten feststellt, muss innert 30 Tagen nach Erhalt der Abrechnung bei der Kartenfirma reklamieren. So entsteht dem Kunden kein Schaden.



Grossalarm: Der mutmassliche Datenklau in Spanien führt in Deutschland zur grössten Kreditkarten-Austauschaktion aller Zeiten. Bild Jochen Krause/Keystone

«Mehr Staat versus mehr Markt, das ist wie Kalter Krieg»

Die neoliberale Anbetung des freien Marktes wie die sozialistische Vergötterung des Staates sind für den Wirtschaftsethiker Peter Ulrich Ideologien mit Ablaufdatum. Notwendig sei eine Abkehr von einer Ökonomisierung aller Lebensbereiche.

Mit Peter Ulrich* sprach Ulrich Glauber

Herr Ulrich, Kritiker unterstellen Ihnen Naivität. Was antworten Sie?

Peter Ulrich: Dass ich ein methodischer Optimist bin. Zum einen hat ja gerade die jüngste Krise drastisch vor Augen geführt, dass der reale Mensch kein «Homo oeconomicus» ist. Anzunehmen, die Menschen seien kalte Eigennutzenmaximierer ohne jegliche soziale Kompetenz und Moralität, wie es die herrschende neoklassische Fachökonomie durchexerziert, ist mindestens so realitätsfremd wie die philosophisch-ethische Grundannahme, dass der Mensch ein Wesen mit einer gewissen praktischen Vernunft ist. Dieser Mensch sucht sein Glück nicht rücksichtslos gegen alle andern, sondern er hat Sinn für eine faire Grundordnung des Zusammenlebens – inklusive der Fairness gegenüber nachkommenden Generationen.

Und der zweite Grund für Ihren Optimismus?

Nun, überall auf der Welt, wo die Aufklärung begonnen hat, zeigen moderne Ideen wie Freiheit und Selbstbestimmung, unantastbare Grundrechte und Demokratie eine fast unwiderstehliche Anziehungskraft. In aller Regel ist der sich entwickelnde «öffentliche Vernunftgebrauch» (Kant) in offenen Gesellschaften auf die Länge stärker als jede Ideologie. Wir haben 25 Jahre einer extrem reduktionistischen Doktrin in Sachen Wirtschaftsdenken hinter uns, die man im historischen Rückblick in zwei oder drei Jahrzehnten zweifellos als Ideologie bezeichnen wird.

«Der Glaube an den Marktgott ist anachronistisch»

Sie meinen den Marktliberalismus?

Ich meine den marktradikalen Glauben, diese spätreligiöse Form von Gläubigkeit. Das blinde Vertrauen in den Markt erfüllt in der berühmten Metapher von der «unsichtbaren Hand des Marktes» die Funktion der Heilsgewissheit, die früher der Schöpfergott geboten hat. Der Glaube an den Marktgott ist genauso anachronistisch wie der Glaube an den Staatsgott. Es sind in einer modernen Ge-

sellschaft letztlich die Bürger selber, die ihr Zusammenleben organisieren müssen – Stichwort: freiheitlich-demokratische Gesellschaft.

Wirkt die Erfahrung des Scheiterns der Planwirtschaft in Europa immer noch so stark nach, dass jeder, der auf Marktregulierung besteht, in den Geruch kommt, ein linker «Ewiggestriger» zu sein?

Für mich sind das letzte Formen des Aufzuckens der alten Nachkriegswelt. Mehr Staat versus mehr Markt – das ist eigentlich noch Kalter Krieg.



Peter Ulrich

Wir sind jetzt an einem entscheidenden Punkt. Es klingt etwas abgenutzt, aber man könnte sagen: Es geht um einen Dritten Weg. Wir beginnen langsam zu begreifen, dass jeder vernünftige Mensch ein paar Trivialitäten einsehen sollte. Ich nenne zwei. Erstens: Eine funktionierende Marktwirtschaft besteht aus einem intelligenten Mix von Marktsteuerung und rechtsstaatlicher Ordnung. Die zweite Trivialität ist, dass es kein Wirtschaftssystem gibt, das automatisch wie eine Maschine – quasi hinter unserem Rücken – die Probleme des gesellschaftlichen Zusammenlebens regelt. Insbe-

sondere nicht so, dass der Einzelne sagen könnte: Ich brauche nur auf meinen Eigennutz zu schauen, den Rest – die soziale Harmonisierung – erledigt unser grossartiges System.

Was folgt daraus?

Wir müssen wieder lernen, zwischen Wirtschaft und Gesellschaft zu unterscheiden. Wir haben heute sehr viele gesellschaftliche Probleme, die Ausdruck wirtschaftlichen Erfolgs, nicht etwa von Misserfolg sind. Weil wir so eine hohe volkswirtschaftliche Produktivität haben, haben wir chronische Beschäftigungsprobleme. Aber unsere Politiker und leider auch die meisten Ökonomen vertreten immer noch unhinterfragt die Auffassung, es gäbe für gesellschaftliche Probleme wirtschaftspolitische Antworten. Allerdings schrumpft die Zahl derjenigen, die noch an diese Rezepte glauben.

«Es geht um einen Dritten Weg»

Können Sie ein Beispiel nennen?

Wer glaubt denn noch daran, dass die Politik es schaffen wird, je wieder Vollbeschäftigung herzustellen? Die Menschen haben begriffen, dass gesellschaftliche Probleme auch gesell-

schaftspolitisch gelöst werden müssen. Konkret gesagt: Wir haben ein reichliches Sozialprodukt. Unser Problem ist aber, dass wir dummerweise die Verteilung des Sozialprodukts an ein immer knapper werdendes Gut, nämlich Arbeitsplätze, gute Arbeitsplätze gekoppelt haben. Deshalb brauchen wir stets Wachstum, solange wir keine intelligentere Ordnung haben. Es liegt also ein gesellschaftspolitischer Organisationsfehler vor. Das kann man im Prinzip beheben.

Wo ist man denn diesbezüglich schon am weitesten?

In der Tendenz in den skandinavischen Ländern. Bei uns in der Schweiz wie in Deutschland denkt man noch in den Kategorien des Kalten Krieges: Entweder mehr sozialer Schutz auf Kosten der Marktfreiheit oder umgekehrt. Da kann man vielleicht Kompromisse machen, das sind aber faule Kompromisse. Die skandinavischen Länder haben begriffen, dass sich das Verhältnis von Gesellschaft und Wirtschaft nicht auf einer Ebene bewegt. Das faire gesellschaftliche Zusammenleben bildet die obere, vorrangige Ebene – eine gesellschaftsdienliche Volkswirtschaft die nachrangige Ebene.

* Der gebürtige Berner Peter Ulrich hat bis im Juli als Gründungsdirektor das Institut für Wirtschaftsethik an der Universität St. Gallen (HSG) geleitet.